



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Regierungserklärung des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 25. Februar 2021**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

auch in dieser Regierungserklärung möchte ich am Anfang zunächst einen Blick auf das aktuelle Infektionsgeschehen werfen, bevor ich auf die jüngsten Beschlüsse des Senats und auf die in der nächsten Woche anstehende Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin zu sprechen komme.

Nachdem wir Mitte Dezember in den zweiten Lockdown gegangen sind, sind die Infektionszahlen deutschlandweit spürbar gesunken – auf eine 7-Tage-Inzidenz von derzeit knapp 60.

Auch in unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven hat sich das bemerkbar gemacht. Lag die Inzidenz in Bremen am 16. Dezember – also am ersten Tag des Lockdowns – noch bei 136, liegt sie aktuell bei knapp 60.

In Bremerhaven allerdings – das gehört zur Ehrlichkeit dazu – ist die Entwicklung weniger erfreulich. Hier ist die Inzidenz in den letzten Wochen stark angestiegen, auf derzeit knapp 160. Ursache dafür, das ist Ihnen bekannt, sind ganz wesentlich Ausbrüche in Alten- und Pflegeheimen und in Gewerbebetrieben. Gerade diese relativ klare Lokalisierung des Infektionsgeschehens bietet allerdings die Chance, zügig wieder zu sinkenden Zahlen zu kommen.

Insgesamt gesehen hat der Lockdown die erwartete Wirkung durchaus gezeigt. Zumal auch die Krankenhausbelegung stetig zurückgegangen und längst nicht mehr so hoch ist, wie noch Anfang Dezember.

Allerdings: In den vergangenen Wochen verzeichnen die Statistiken eher eine Seitwärtsbewegung, teilweise sogar einen leichten Anstieg. Warum ist das so? Gesicherte Erkenntnisse liegen noch nicht vor, aber möglicherweise spielen dabei auch die Mutationen und Varianten des Virus eine Rolle.

Nachdem die britische Mutation B.1.1.7. im Land Bremen erstmals in einem PCR-Test vom 15. Januar nachgewiesen wurde, entfielen in den vergangenen Tagen schon etwa die Hälfte der Neuinfektionen auf diesen Virus-Typ.

Es war deshalb richtig, dass Bund und Länder Anfang Februar weiter vorsichtig geblieben sind und keine vorschnellen Lockerungen beschlossen haben und dass

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 25. Februar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

wir uns auch dieses Mal an unsere bewährte Maxime gehalten haben: „Vorsicht ist die Mutter der Porzellan-Kiste.“

Meine Damen und Herren,

umso wichtiger ist es angesichts dieser Lage, dass wir Fortschritte beim Impfen machen.

Denn so wichtig und hilfreich die Hygieneregeln sind, also das Tragen von medizinischen Masken, die Abstandsregeln und die Kontaktbeschränkungen: Das, was uns im Kampf gegen das Virus wirklich Hoffnung macht, ist das Impfen.

Denn nur wenn die große Mehrheit der Menschen gegen Corona weitgehend immun ist und das Virus kein Schlupfloch mehr findet, können wir einen entscheidenden Schritt hin zu unserem alten Leben machen. Nur dann ist all das wieder möglich, was wir seit fast einem Jahr so schmerhaft vermissen.

Nur dann können wir all das hinter uns lassen, was uns so einschränkt, so viel abverlangt und zunehmend mehr Menschen ernsthafte Existenzsorgen macht.

Mein ausdrücklicher Dank geht daher an die mobilen Impf-Teams, die in Bremen und Bremerhaven mit großartigem Engagement die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Beschäftigten in den Alten- und Pflegeheimen impfen. Ich danke allen Aktiven in den Impfzentren, die ebenfalls eine tolle Arbeit leisten und ich freue mich, dass wir in Bremen-Nord mittlerweile das dritte Impfzentrum im Land Bremen in Betrieb genommen haben.

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern kann sich Bremen nicht nur bei der Impf-Quote sehen lassen – unser Land belegt da seit Wochen einen Platz in der Spitze –, sondern ich sehe uns auch für die kommenden Wochen und Monate gut gerüstet, wenn endlich mehr Impfstoff zur Verfügung steht.

Der Senat hat am Dienstag den 70-Millionen-Euro teuren Ausbau der Impfkapazitäten genehmigt. Gemeinsam mit der bremischen Wirtschaft, den Johannitern, dem DRK, der Bundeswehr und anderen stellen wir sicher, dass in der Stadt Bremen in dann täglich bis zu 17.000 Dosen verimpft werden können. Und auch in Bremerhaven werden die Kapazitäten Stück für Stück hochgefahren. Ich denke, dass ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, die uns unserem Ziel, alle Impfwilligen spätestens bis Ende des Sommers geimpft zu haben, ein gutes Stück näherbringt.

Meine Damen und Herren,

es ist in den letzten Tagen angesichts der gesunkenen Inzidenzen bundesweit viel über Lockerungen diskutiert worden, über Öffnungsperspektiven und Stufenpläne.

Lassen Sie mich zuerst über den Bereich reden, für den wir Schritte in Richtung Normalität bereits vor gut einer Woche beschlossen haben: über Kitas und Schulen.

Kinder und Jugendliche und ihre Familien sind – neben den älteren Menschen und den Menschen mit schweren Vorerkrankungen - in besonderem Maße Leidtragende dieser Pandemie. Nach mittlerweile über einem Jahr, in dem der reguläre Schul- und Kita-Betrieb immer wieder unterbrochen oder eingeschränkt wurde, gibt es bei vielen Kindern nicht nur erhebliche Defizite bei der Entwicklung ihrer kognitiven und sozialen Fähigkeiten.

Auch massive gesundheitliche Probleme sind zu beobachten.

Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte attestieren vielen unserer Jüngsten „Bewegungsmangel“, einen Verlust von „fein- und grobmotorischen Fähigkeiten und eine „deutliche Gewichtszunahme“.

Und weil zudem die Gefahr besteht, dass Kindeswohl-Gefährdungen bei fehlendem regulären Schul- und Kita-Besuch nicht oder zu spät erkannt werden, deshalb hat dieser Senat seit Beginn der Pandemie klipp und klar gesagt: Kinder und Jugendliche müssen die ersten sein, die von sinkenden Inzidenzen profitieren. Deshalb werden wir die Beschränkungen bei Schule und Kita schrittweise wieder zurücknehmen, sobald das Infektionsgeschehen das erlaubt.

Und damit steht Bremen nicht alleine. Auch die Ministerpräsidentenkonferenz hat immer wieder betont, dass Schul- und Kita-Öffnungen höchste Priorität eingeräumt werden sollte.

Wir haben uns deshalb für die Stadtgemeinde Bremen entschieden,

- in den Kitas wieder vom Not- in den eingeschränkten Regelbetrieb zu wechseln
- in den Grundschulen wieder täglichen Präsenzunterricht für alle Kinder und
- in den weiterführenden Schulen einen verlässlichen Wechselunterricht anzubieten.

Wir halten das für verantwortbar, weil das Infektionsgeschehen trotz geöffneter Schulen und Kitas und trotz des Auftretens der Mutationen und Varianten in den vergangenen Wochen zurückgegangen und derzeit stabil ist. In Bremerhaven ist die Situation wegen des deutlich höheren Infektionsgeschehens eine etwas andere; hier fallen die Öffnungsschritte deshalb zum Teil kleiner aus.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 25. Februar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Gleichzeitig haben wir den Schutz vor Infektionen erhöht und die Öffnungsschritte mit umfangreichen Schutzmaßnahmen begleitet

- in dem wir allen Beschäftigten auf Wunsch regelmäßige Corona-Tests anbieten,
- indem wir die Kosten für die Ausstattung von schlecht zu lüftenden Räumen mit Luftreinigern übernehmen,
- indem wir an weiterführenden Schulen eine Maskenpflicht eingeführt haben,
- indem wir bei den Kindern in der Kita die Körpertemperatur messen und
- indem wir die Erzieherinnen in den Elementargruppen zum Tragen einer Maske verpflichten und in den Krippengruppen das Maskentragen zumindest empfehlen.

Denn so wichtig ein geregelter Kita- und Schulbetrieb für Kinder und Familien ist, genauso wichtig ist der Gesundheitsschutz für alle Beteiligten. Wir wissen um die Sorgen, die sich viele Eltern und viele Beschäftigte machen. Es ist daher unser ausdrückliches Ziel, die Schutzmöglichkeiten weiter zu steigern - auch durch den Einsatz neuer Testmöglichkeiten. Wir haben deshalb kurzfristig die Voraussetzungen dafür geschaffen, so schnell wie möglich auch Schülerinnen und Schülern regelmäßige Corona-Tests anbieten zu können.

Der entscheidende Fortschritt für den Infektionsschutz im Bildungsbereich dürfte aber die Entscheidung der Gesundheitsminister-Konferenz vom Montag sein, die Beschäftigten in Kitas, in Grundschulen und in Förderschulen vorrangig zu impfen.

Bereits am Dienstag haben das Gesundheitsressort und das Bildungsressort mit der Umsetzung begonnen, schon am Freitag sollen die ersten Erzieherinnen und Erzieher geimpft werden.

Nach den Erzieherinnen und Erziehern sollen in der kommenden Woche dann die ersten Grundschullehrerinnen und -lehrer ihre Impfeinladungen bekommen. Wenn alles gut geht und der Impfstoff wie zugesagt kommt, werden wir hoffentlich bis zu den Osterferien alle 16.000 Beschäftigten geimpft haben.

Meine Damen und Herren,

aber, auch das gehört zur Wahrheit dazu: Alle Beschlüsse über Öffnungen von Schulen und Kitas stehen natürlich unter dem Vorbehalt eines stabilen Infektionsgeschehens. Sollten die Zahlen wieder deutlich steigen, werden wir die Lockerungen auch wieder auf den Prüfstand stellen müssen.

Wir müssen die Entwicklung jeden Tag genau beobachten und bewerten, denn leider haben wir in dieser Pandemie ja lernen müssen, wie schnell sich die Lage ändern kann.

Und erlauben Sie mir noch eine zweite abschließende Bemerkung zum Thema Schule und Kita. Wenn Eltern trotz aller getroffenen Schutzmaßnahmen darlegen, dass für ihr Kind auf Grund der besonderen familiären Situation oder aus anderen gewichtigen Gründen ein unvertretbares gesundheitliches Risiko besteht, am Präsenzunterricht teilzunehmen, dann erhalten die Kinder selbstverständlich wie bisher auch ein Angebot zum Distanzlernen. Das hat der Senat ausdrücklich so beschlossen.

Meine Damen und Herren,

ich weiß, dass auch die Geschäftsleute in Bremen und Bremerhaven auf eine Öffnungsperspektive hoffen, dass ihnen die Puste auszugehen droht und dass viele fragen: Warum dürfen die Frisörsalons und Blumenläden wieder aufmachen – wir aber nicht?

Ja, ich verstehe jeden, der sich eine klare Perspektive wünscht. Eine Tabelle, in der klar ablesbar ist, wann er oder sie das Geschäft wieder öffnen darf – und unter welchen Bedingungen. Einen klaren Zeitplan, wann es endlich Licht am Ende des Tunnels gibt.

Aber, meine Damen und Herren, ich würde die Erwartungen an einen solchen Plan nicht überstrapazieren. Denn solche Pläne vermitteln vielfach nur eine scheinbare Planbarkeit, weil das Virus sich eben nicht an solche Pläne hält. Wir haben alle schon oft in dieser Pandemie umdenken müssen, haben unsere sicheren Erwartungen zähneknirschend korrigieren müssen.

Hinzu kommt: Wir müssen immer die bundesweite Entwicklung und insbesondere die Entwicklung bei unseren niedersächsischen Nachbarn in unsere Überlegungen einbeziehen:

- Könnten wir wirklich in Bremen und Bremerhaven die Geschäfte wieder aufmachen, obwohl die Zahlen in Niedersachsen das noch nicht hergeben? Oder umgekehrt?
- Könnten wir wirklich verantworten, dass die Menschen aus unseren beiden Städten in die Nachbar-Kommunen strömen, weil dort erlaubt ist, was hier noch verboten ist?

Die Antwort liegt natürlich auf der Hand. Natürlich wäre das weder sinnvoll noch verantwortbar, natürlich dürfen wir so unter Nachbarn nicht miteinander umgehen. Hier bedarf es jedenfalls bei den großen Linien immer eines eng abgestimmten Vorgehens.

Meine Damen und Herren,

Gleichwohl gibt es auch im Bereich des Einzelhandels erste Öffnungsschritte, die wir im Land Bremen jetzt schon gehen können. Konkret wird der Senat einen Vorschlag der Handelskammer aufgreifen und ermöglichen, dass künftig einzelne Kunden zu fest vereinbarten Terminen in den Geschäften bedient werden können. Das so genannte „date & collect“ oder auch Termin-Shopping wird nicht für alle Händlerinnen und Händler der große Wurf sein, das ist uns durchaus bewusst, aber für einige wird es schon eine wesentliche Erleichterung sein.

Die Kunden könnten sich dann den Wohnzimmerschrank oder die Küche ansehen, bevor sie sie kaufen, die Schuhe, die Hose oder die Jacke anprobieren und sich beim Fernseher persönlich davon überzeugen, ob das Bild wirklich besser ist, als bei dem alten Gerät.

Ganz alleine oder mit den Angehörigen des eigenen Haushalts im Geschäft, nur mit der Verkäuferin oder dem Verkäufer. Ich meine, das ist ein Schritt in die richtige Richtung, und es ist im Sinne des Infektionsschutzes verantwortbar. Wir sollten diesen Schritt gemeinsam im Interesse des stationären Einzelhandels gehen.

Und was beim Einzelhandel funktioniert, dass kann unter Umständen auch bei Museen, Galerien und Ausstellungen funktionieren: Strikt reglementierte Besuche mittels Vergabe von Zeitfenstern, zusätzlich abgesichert durch den Einsatz von Schnelltests beim Einlass. Hier bedarf es allerdings noch weiterer Diskussionen.

Meine Damen und Herren,

und auch beim Sport – genauer gesagt: beim Außensport – sollten wir uns erste Öffnungsschritte zutrauen.

Auf die Details wird sich der Senat noch verständigen müssen und auch die bundesweite Abstimmung muss noch weiter vorangetrieben werden. Aber im Grundsatz sind wir uns einig, dass wir beim Sport unter freiem Himmel, der für die Gesundheit der Menschen so wichtig ist, wieder etwas mehr zulassen können als derzeit möglich ist.

Diskussionsbedarf sieht der Senat schließlich bei den strengen Kontaktbeschränkungen. Diese haben sich grundsätzlich bewährt. Aber: Derzeit darf ein Haushalt sich nur mit einer weiteren haushaltsfremden Person treffen. Das war richtig, als wir eine Inzidenz von mehr als 200 hatten, aber es passt nicht mehr zu einer Inzidenz von 60 oder 70. Hier muss diskutiert werden, ob wir nicht zu der generellen Regel „Fünf Personen aus zwei Haushalten“ zurückkehren. Denn die strengsten Regelungen helfen ja nicht, wenn die Menschen sich nicht mehr daran halten, weil sie die Vorgaben für überzogen oder unverhältnismäßig halten.

Meine Damen und Herren,

Ich habe schon angesprochen, dass Schnelltests meiner Überzeugung nach ein ganz wesentlicher Baustein für den Weg aus der Pandemie sind. Ich erwarte deshalb, dass auf der nächsten MPK am kommenden Mittwoch verbindliche Verabredungen getroffen werden, wie diese Schnelltests in die nationale Teststrategie eingebaut werden können.

In Bremen wollen wir unabhängig davon einen ersten Schritt gehen und so schnell wie möglich Erfahrungen mit den schon in Österreich verwendeten Selbsttests sammeln. Also Antigen-Tests, die grundsätzlich auch medizinische Laien durchführen können, ob zu Hause, in der Schule oder am Arbeitsplatz.

Die Bildungsbehörde hat bereits 300.000 solcher Tests bestellt, mit denen schon ab der nächsten Woche die Beschäftigten an Grundschulen und in der Kindertagesbetreuung getestet werden können. Bald sollen auch Schülerinnen und Schüler das Testangebot nutzen können. Wir können uns vorstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler und auch alle Beschäftigten an Kitas und Schulen künftig zweimal die Wochen einen solchen Test bei sich selbst durchführen – die jüngeren vielleicht zu Hause, die älteren durchaus unter Anleitung oder Aufsicht in der Schule.

Meine Damen und Herren,

Selbst-Tests werden in Zukunft auch außerhalb von Schule und Kita eine ganz wesentliche Rolle bei der Bekämpfung der Pandemie spielen. Sobald diese in geeigneter Menge zur Verfügung stehen, sehe ich insbesondere auch die Arbeitgeber in der Verantwortung, diese Tests ihren Beschäftigten regelmäßig zur Verfügung zu stellen. Zumindest für die Jobs, bei denen Home Office keine Alternative ist. Denn, meine Damen und Herren, wir wollen nicht nur sichere Schulen und Kitas, wir wollen und brauchen auch sichere Arbeitsplätze, wenn wir das Infektionsgeschehen weiter im Griff behalten wollen. Deshalb werde ich mich bei der nächsten MPK am kommenden Mittwoch auch dafür einsetzen, dass wir gemeinsam eine entsprechende Verpflichtung der Arbeitgeber beschließen.

Meine Damen und Herren,

nun sind wir inzwischen näher an der nächsten MPK als an der letzten. Bereits kommenden Mittwoch werden die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin wieder zusammentreffen und die Erwartungen sind groß an diese Runde. Die Menschen wünschen sich Perspektive und Planungssicherheit, am liebsten bis in den Sommer hinein.

Auf diese MPK und diese Debatte will ich daher abschließend den Fokus richten und finde es eigentlich ganz gut, dass wir einmal vor einer MPK über Perspektiven reden, den Blick nach vorne richten und darüber debattieren, wie es weitergeht. Anstatt wieder im Nachgang über das zu reden, was ohnehin beschlossen ist.

Genau eine solche Debatte gehört in die Parlamente und in diesem Sinne erhoffe ich mir von unserer Beratung heute auch tatsächlich „Beratung“ im Wortsinne.

Ein paar Punkte habe ich ja schon genannt, bei denen ich mir vorstellen kann, dass wir auch schon recht bald zu Veränderungen kommen. Aber offene Fragen gibt es natürlich noch viel mehr.

Meine Damen und Herren,

Auf viele dieser Fragen weiß ich auch noch keine abschließende Antwort. Aber vielleicht können wir ja auch gemeinsam heute den ein anderen Gedanken entwickeln.

Von den Fragen die ich meine und die mich umtreiben, möchte ich einige nennen:

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 25. Februar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Wir haben in der letzten MPK über die ersten Schritte in Kitas und Schulen gesprochen und weitere Schritte für den Einzelhandel in den Blick genommen: Aber was ist eigentlich mit der Gastronomie? Mit den Hotels? Mit Veranstaltungen? Mit Theatern? Mit Kinos?

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich bin weit davon entfernt, jetzt alles schwungvoll aufmachen zu wollen. Aber wir müssen den Menschen doch irgendetwas dazu sagen, wann, wie und unter welchen Bedingungen es da weitergehen kann.

Über Stufenpläne haben wir ja bereits gesprochen und inzwischen gibt es die ja wie Sand am Meer. Aber wie kleinteilig sollen die eigentlich sein? Je detaillierter diese Pläne sind, desto besser finden sich alle darin wieder - aber desto größer ist auch die Gefahr von Widersprüchen.

Und eine Frage, die uns in der Pandemie von Anfang an begleitet und die auch jetzt wieder mit Nachdruck auf die Tagesordnung drängt, ist: Wie einheitlich oder wie lokal angepasst sollen die Maßnahmen denn nun sein?

Einerseits ist nachvollziehbar, dass ein Landkreis, dessen Inzidenz seit Wochen bei höchsten 15 liegt, dass der sich fragt, auf was man dort eigentlich noch wartet. Andererseits sind bundeseinheitlich geltende Regelung leicht zu verstehen und lassen sich nicht umgehen. Bei den Blumenläden haben wird doch gesehen, wie schnell die Öffnungen von den Nachbarländern übernommen werden – ganz unabhängig von der Inzidenz dort.

Bei der Gelegenheit, eine Frage stelle ich mir derzeit ganz aktuell: Wann ist die Inzidenz eigentlich in Bayern eigentlich unter 35 gefallen? Oder warum sind ausgerechnet in dem Bundesland mit den angeblich strengsten und konsequentesten Corona-Regelungen auf einmal die Baumärkte offen?

Aber im Ernst, eine Frage drängt sich da doch auf: Ist die Inzidenz von 35 eigentlich in Stein gemeißelt? Oder waren nur deswegen alle dafür, weil sie glauben, den Wert schon in Kürze zu erreichen? Oder setzt sich gerade die Überzeugung durch, dass neben der Inzidenz noch andere Kriterien eine Rolle spielen sollten, wenn es um Öffnungen oder Schließungen geht?

Ich fände das sinnvoll, aber wir müssen dann auch identifizieren, welche Kriterien das sein sollen. Das Land Berlin nennt da – neben der Inzidenz – die Krankenhaus- Belegung und den R-Wert.

Die Krankenhausbelegung ist natürlich ein wichtiger Faktor, allerdings bildet sie immer das Infektionsgeschehen von vor mehreren Wochen ab, als der Patient sich infiziert hat. Der R-Wert zeigt die Dynamik des Infektionsgeschehens an und soll im Idealfall bei höchsten 0,7 liegen. Allerdings: Bei einer Inzidenz von 5 würde mir ein R-Wert von 1 auch keine Sorgen machen.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 25. Februar 2021 vor der Bremischen Bürgerschaft

Das Robert-Koch-Institut hat neben Inzidenz und Krankenhausbelegung jetzt die Inzidenz der Über-60-Jährigen ins Gespräch gebracht, der Berliner Senat will berücksichtigen, wie lange die Inzidenz unter einem bestimmten Schwellenwert liegt – dafür scheint auch die Kanzlerin viel Sympathien zu haben – und etliche Epidemiologen weisen darauf hin, dass auch die Anzahl des Tests und die Positiv-Quote zu berücksichtigen sind.

Und natürlich muss eigentlich auch die Zahl der Impfungen eine Rolle spielen – aber dafür haben wir derzeit noch viel zu wenig Menschen geimpft, weil einfach der Impfstoff fehlt.

Meine Damen und Herren,

wenn man aber all diese Kriterien berücksichtigt, dann wird das Modell so kompliziert und so unübersichtlich, dass der Wunsch nach Klarheit und Berechenbarkeit eines solchen Stufenplans ab absurdum geführt wird.

Wir werden also mit Unschärfen leben müssen. Wir werden uns auf einzelne Kriterien konzentrieren, die wir mit der Zeit vielleicht auch mal wechseln müssen. Erinnert sich jemand von Ihnen noch an die Verdoppelungszeit? Das Maß der Dinge im ersten Lockdown? Heute spricht kaum noch jemand davon.

Meine Damen und Herren,

wir werden nicht alles öffnen können.

Wir können vermutlich nicht einmal jedem, dessen Geschäft derzeit geschlossen ist, ein konkretes Datum nennen, wann er wieder öffnen kann. Wir können aber hoffentlich Kriterien benennen und eine Perspektive geben. Und deshalb werden wir bei der MPK auch noch einmal über die Frage sprechen müssen, wie der Staat denen, denen er im Interesse der Gesamtgesellschaft die wirtschaftliche Tätigkeit untersagt, wie er denen unter die Arme greifen kann. Und wir müssen darüber sprechen, ob der Bund wirklich alles getan hat, damit die bereits beschlossenen Hilfen auch möglichst schnell dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Meine Damen und Herren,

die Beratungen, die vor uns liegen, werden, wie immer in den letzten Monaten, schwierig und kompliziert werden. Einfache Antworten, die alle zufrieden stellen, wird es nicht geben. Das ist jetzt schon abzusehen.

Umso mehr freue ich mich heute über einen intensiven Austausch mit Ihnen und möchte erfahren, welchen Blick Sie auf die Dinge haben.

Vielen Dank!